FreiBrief aus Berlin

April 2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

Politik ist kein Selbstzweck – das hat sich einmal mehr in den letzten Wochen gezeigt. Lange Zeit hat es gebraucht, aber der 177 Seiten starke Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD gibt jetzt die politische Richtung für die kommenden Monate vor. Ich bin überzeugt: Wir setzen auf die richtige Politik, das machen die insgesamt 14 Kapitel des Koalitionsvertrags deutlich. Schwerpunkt der Regierungsarbeit wird sein, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auszubauen und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Die guten Projekte der Großen Koalition müssen jetzt möglichst rasch umgesetzt werden, damit wir das Leben der Menschen spürbar besser machen.

Im Wahlkreis gab es die letzten Tage Licht und Schatten. Dabei beziehe ich mich auf die Landesstraßenbaukonferenz, die der grüne Verkehrsminister Winfried Hermann am 20. März 2018 in Stuttgart durchgeführt hat. Zufrieden bin ich mit den Ortsumfahrungen Randen, Zollhaus, Haslach und Schramberg. Die positiven Signale bei der B523 im Norden Villingens haben mich darüber hinaus hoffen lassen, den noch fehlenden 2. Bauschnitt zügig umzusetzen zu können. Warum der zuständige Minister zu einem anderen Ergebnis als noch vor geraumer Zeit gekommen ist, ist für mich nicht nachvollziehbar. Insofern bleibt das Thema auf meiner Agenda.

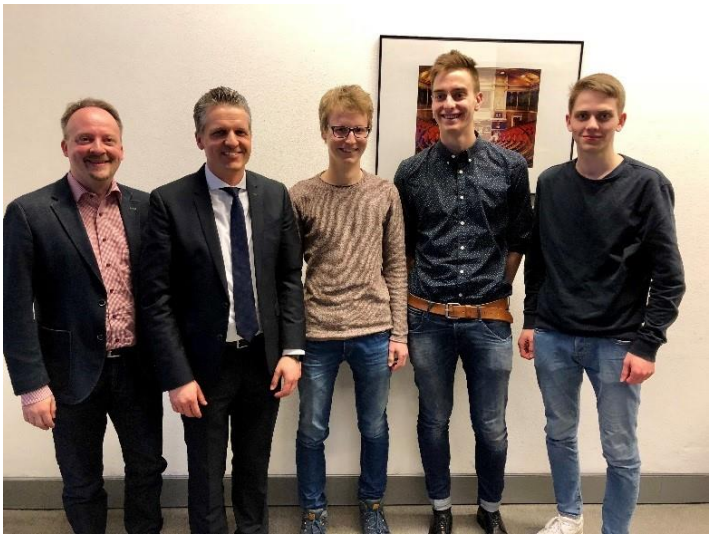
Herzlichst

Ihr Thorsten Frei

Thorsten Frei vertritt den Deutschen Bundestag in Brüssel zu Subsidiaritätsfragen

Ein Grund für eine gesteigerte Europaskepsis bei vielen Bürgern ist, dass in Brüssel viele Regelungen und Vorgaben beschlossen werden, bei denen die Menschen das Gefühl haben, dass diese realitätsfern sind und von oben herab erfolgen. Zwar gilt gem. Art. 5 AEUV das Subsidiaritätsprinzip. Dennoch hat Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker dieses Problem im vergangenen September in seiner Rede zur Lage der EU noch einmal ausdrücklich benannt und zugleich die Einsetzung einer Taskforce für „Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und weniger, aber effizienteres Handeln“ angekündigt, die bis Mitte dieses Jahres Ergebnisse liefern soll. Der Taskforce gehören drei Vertreter der Kommission, drei Vertreter des Ausschusses der Regionen und drei Vertreter der Konferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente der Mitgliedsstaaten (COSAC) an. Damit die nationalen Interessen aller Mitgliedsstaaten gleichermaßen berücksichtigt werden, organisiert die COSAC regelmäßig Arbeitsgruppentreffen, an denen jede Parlamentskammer eines Mitgliedsstaates einen Vertreter entsenden kann. Für den Deutschen Bundestag nahm ich Ende März dieses Recht war. In Brüssel war ich zusammen mit unserem Justiz- und Europaminister Guido Wolf, der die Interessen der Bundesländer über den Bundesrat vertrat. Um das Vertrauen der Menschen in das Friedens-Projekt der Europäischen Union zukünftig wieder zu stärken, kommt es für mich ganz entscheidend darauf an, dass wir das Subsidiaritätsprinzip konsequenter anwenden. Die Dinge, die das tägliche Leben vor Ort prägen, müssen auch von den Menschen vor Ort entschieden werden – in den Städten und Gemeinden oder auf regionaler Ebene. Die Dinge, die unsere Freiheit und unsere Sicherheit, unseren Wohlstand und unseren Frieden sichern, können wir nur gemeinsam als Europäer erfolgreich in der Welt vertreten. Hier braucht es womöglich mehr Zusammenarbeit und mehr Ressourcen. Europa muss stärker darauf bedacht sein, in kleinen Dingen klein und bei den großen Dingen groß zu sein. Die bisherigen Regelungen sind für mich zu wenig praktikabel und ineffizient. Insofern hoffe ich, dass Brüssel sich tatsächlich dazu durchringen kann, eine Reihe von Kompetenzen in Zukunft wieder zurück an die Mitgliedsstaaten zurückzugeben.

Schüler des Donaueschinger Fürstenberg Gymnasiums simulieren in Berliner Abgeordnetenhaus das Europäische Parlament



Tim Büchler aus Wolterdingen, Nico Trissler aus Donaueschingen und Jens Erdmenger aus Aasen, drei Schüler der 11. Kursstufe des Fürstenberg Gymnasiums Donaueschingen hielten sich Anfang März gemeinsam mit Schulleiter Mario Mosbacher in Berlin auf. Dort nahmen Sie im Abgeordnetenhaus an einer Simulation des Europäischen Parlaments (SIMEP) teil, um das Verständnis von Entscheidungsprozessen in Europa zu vertiefen. Dafür schlüpften sie in die Rolle von Politikern aus Polen, Kroatien und Estland. Um den politischen Schwerpunkt der Studienreise zu untermauern, haben die vier Gäste von der Baar zur Abrundung auch einen Abstecher in den Deutschen Bundestag unternommen, wo sie sich mit mir für ein Gespräch rund um Politik trafen. Zunächst arbeitete ich mit den Schülern die Unterschiede der Arbeit im nationalen Bundestag und im Europäischen Parlament heraus. Dabei betonte ich, dass das Europäische Parlament deutlich extremer ist, was die Positionen angeht. Das resultiert aus den unterschiedlichen Interessen der derzeit 28 Mitgliedsstaaten, der deutlich höheren Anzahl an vertretenden Parteien und Fraktionen und natürlich auch daraus, dass ein Drittel der Mitglieder des Europäischen Parlaments Europa ganz

klar ablehnen. Im Anschluss berichtete ich von meiner Arbeit im Bundestag, insbesondere meiner Mitgliedschaft im Europaausschuss und dem Auswärtigen Ausschuss. In diesem Zusammenhang unterstrich ich, dass sich im Vergleich zur letzten Wahlperiode viel verändert habe, insbesondere was die Debattenkultur angeht. Heute wird das gesamte Spektrum von Meinungen, die noch mit der Demokratie vereinbar sind, im Bundestag abgebildet. Ganz auffällig ist für mich nach derzeitiger Erfahrung, dass die politische Theorie, wonach das Meinungsspektrum durch einen Kreis abgebildet wird, in der Praxis erlebbar ist. Das zeigt sich insbesondere in der Außenpolitik, wo AfD und Linke eine deckungsgleiche Meinung in Bezug auf Russland, die USA und den Einsatz der Bundeswehr haben. In einer globalisierten Welt beginnen unsere Interessen als Exportweltmeister aber nicht erst an der Grenze Deutschlands. Diese Ansicht, die im ganz rechten und ganz linken Spektrum im Bundestag nahezu deckungsgleich vertreten wird, halte ich für vorsintflutlich. Das weitere Gespräch drehte sich etwa um die Bedeutung von Mehrheitsentscheidungen in unserer Demokratie, den mehrjährigen Finanzrahmen der EU, die Griechenland-Rettungspakete, die Abschaffung des §219 StGB und das damit verbundene Werbeverbot für Abtreibungen, die inhaltlichen und personellen Zusammenarbeit mit AfD und Linken oder auch das Instrument der Fragestunden im Parlament.

CDU hält an Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche fest

Auf Bundesebene wird derzeit über die Abschaffung des in § 219a StGB normierten Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche diskutiert. Linke, Grüne, FDP und auch die SPD wollen das bisherige Werbeverbot kippen, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird alle entsprechenden Anträge ablehnen. Auch die CDU Schwarzwald-Baar bezieht bei diesem Thema klar Position. Wenn es um den Schutz ungeborenen Lebens geht, scheuen wir Christdemokraten keine Diskussion. Ungeborenes Leben hat für uns eine eigene Rechtsqualität und ist verfassungsrechtlich geschützt. Aus meiner Sicht gilt, dass Schwangerschaftsabbrüche nach wie vor rechtswidrig sind, auch wenn sie in bestimmten Fällen straffrei gestellt werden. Ein Abbruch ist auch für die betroffenen Frauen eine schwere Entscheidung und ein schwerwiegender Eingriff. Deshalb haben wir die Pflicht zur umfassenden Beratung. Deshalb darf der, der berät, nicht den Abbruch vornehmen. Deshalb ist ein Schwangerschaftsabbruch keine normale medizinische Dienstleistung, für die in Anzeigen oder über das Internet geworben werden darf. Diese klare Haltung werden wir Christdemokraten bei allen Diskussionen und Abstimmungen vertreten. Sollte es zu einer Abstimmung im Bundestag kommen, werde sich zeigen, wer von den Abgeordneten das bewährte Lebensschutzkonzept in aller Konsequenz trägt und wer nicht. Die Initiativen von Linken, Grünen und SPD brauchen Stimmen aus dem bürgerlichen Lager, um eine Mehrheit zu bekommen. Aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird es keine Unterstützung geben. Ich werde klar dagegen stimmen. Aber die Abgeordneten der anderen Fraktionen müssten sich schon fragen lassen, ob sie sich vom Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche verabschieden wollten.

48 Bürgerinnen und Bürger zu Besuch bei ihrem Abgeordneten Thorsten Frei in Berlin

Wie funktioniert das politische Berlin? Was man sonst nur aus Fernsehen, Radio oder Zeitungen kennt, erlebten 48 politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis Schwarzwald-Baar/Oberes Kinzigtal kürzlich auf meine Einladung im Rahmen ei-

ner politischen Informationsfahrt hautnah in der Bundeshauptstadt. Am Mittwoch, dem Tag der Wiederwahl von Angela Merkel als Bundeskanzlerin, reiste die Gruppe in Berlin an – darunter unser CDU-Landtagsabgeordneter Karl Rombach sowie die Ortsvorsteher Dieter Fehrenbacher aus Döggingen, Anja Keller aus Tannheim und Horst Fürderer aus Hondingen. Ziele waren neben dem Besuch einer Plenarsitzung des Bundestags, die Glaskuppel des Reichstags, die Landesvertretung Baden-Württemberg, der Bundesrat, das Bundeskanzleramt, das Stasi-Museum sowie das Holocaust-Mahnmal unweit des Brandenburger Tors. Abgerundet wurde das Programm mit einer Stadtrundfahrt unter politischen Gesichtspunkten und individuellen Rundgängen. Natürlich stand ich meinen Gästen im Reichstag in einem längeren Dialog Rede und Antwort zu aktuellen politischen Themen, zu meiner Arbeit und auch zu persönlichen Fragen. Dabei machte ich unter anderem deutlich, dass ich durchaus Informationen aus den Debatten zur Meinungsbildung und Entscheidung mitnehme. Reine Showveranstaltungen sind Parlamentsdebatten aus meiner Sicht nicht, auch wenn in den Fraktionen Vorbesprechungen stattfinden würden.

Ausweitung des Anti-IS-Mandates auf den gesamten Irak ist in deutschem Interesse

Der Deutsche Bundestag hat kürzlich die Ausweitung des Bundeswehreinsatzes im Rahmen der Anti-IS-Koalition vom kurdisch geprägten Nordirak auf das gesamte Land beschlossen. In meiner Rede für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion betonte ich, dass es zwar ein Wendepunkt war, dass der IS im vergangenen Jahr aus den großen Städten vertrieben wurde. Ganz sinnbildlich war die Befreiung Mossuls im August. Aber das bedeutet ja bei weitem nicht, dass der IS nicht mehr existent ist. Vielmehr ist der IS wieder eine Untergrundorganisation, was man am Beispiel der Stadt Kirkuks sehen kann, wo es ein Sicherheitsvakuum gibt, das weder Kurden noch Zentralregierung abschließend befüllen können. Durch den Konflikt zwischen Schiiten, Sunniten und Kurden gibt es den perfekten Nährboden für ein Wiedererstarken, so wie es 2014 der Fall war. Deshalb ist es aus meiner Sicht richtig, dass wir das Mandat unter geänderten Vorzeichen fortführen. Wichtig dabei ist, dass wir nicht nur Soldaten in den Einsatz schicken, sondern dass Deutschland einen gesamthaften Ansatz verfolgt, bei dem militärische Mittel in einem breiten zivilen Vorgehen eingebettet sind. Deutschland ist der zweitgrößte Geber, wenn es um humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit geht. Unser Einsatz ist notwendig, damit der fragmentierte Staat Irak, der ein Schlüsselland in der Region ist, wenn es um Stabilität und Sicherheit geht, als Ganzes erhalten bleibt. Die Entwicklung im Irak entscheidet am Ende auch über neue Flüchtlinge und Terror. Deshalb ist unser Engagement im Irak im deutschen Sicherheitsinteresse.

Jonas Keller und Carolin Penker im Praktikum

Im vergangenen Monat hatten wieder zwei politikinteressierte junge Menschen die Gelegenheit, um einen vertieften Eindruck in die politische Arbeit im Deutschen Bundestag zu gewinnen. Carolin Penker, die mich im Rahmen eines Pflichtpraktikums während ihres Jurastudiums für drei Wochen im Bundestagsbüro unterstützte, sowie Jonas Keller als BOGY-Praktikant für eine Woche – beide aus Donaueschingen – konnten mir täglich bei der Arbeit über die Schulter schauen, an verschiedenen Gesprächen mit ausländischen Gästen sowie Gremiensitzungen der Unionsfraktion teilnehmen und Plenardebatten im Reichstag hautnah miterleben. Dabei galt es nicht nur zu schauen, sondern auch selbst mitzuhelfen. Mit Recherchen und eigenen kleinen Texten konnten beide einen wertvollen Beitrag für meine Arbeit im Parlament leisten.

Endlich Klarheit über die Planung unserer Verkehrsprojekte

Über die Entscheidung des Landesverkehrsministeriums anlässlich der am 20. März 2018 durchgeführten Straßenbaukonferenz in Stuttgart bin ich erleichtert und enttäuscht zugleich. Die Ortsumfahrungen Blumberg-Randen und Haslach im Kinzigtal sind in der 1.

Stufe der Umsetzungskonzeption und haben demzufolge gute Chancen auf eine baldige Umsetzung. Gute Nachrichten für unsere Region sind auch die Einstufungen für eine Umfahrung von Zollhaus und die Talstadtumfahrung Schramberg. Hier werden wir darauf drängen, dass der Zeitrahmen eingehalten wird, damit wir auch bei diesen Projekten vorankommen und das Leben der betroffenen Menschen besser machen. Eine Enttäuschung ist jedoch die Einstufung des Lückenschlusses der B523. Die Menschen warten seit über 30 Jahren auf eine Umsetzung. Im Vorfeld der Straßenbaukonferenz haben die regionalen Abgeordneten sich mit der Interessen-Gemeinschaft „Lückenschluss“ bei der Spedition Noerpel im Gewerbegebiet Auf Herdenen direkt an der B 523 getroffen, um nochmal darauf zu drängen, den noch fehlenden 2. Bauabschnitt schnellstmöglich umzusetzen. Nach den zahlreichen Vorgesprächen mit Landesverkehrsminister Winfried Hermann waren wir sehr optimistisch, unser Ziel zu erreichen. Umso erstaunter bin ich über die Bewertung. Ich werde nicht locker lassen. Die wichtige Ost-West-Achse bleibt fester Bestandteil meiner politischen Arbeit!

Besuch von hochinnovativen Unternehmen im Wahlkreis

Mir ist es wichtig, engen Kontakt zu den regionalen Firmen zu halten, um zu erfahren welche Rahmenbedingungen wir benötigen, damit es unseren Unternehmen auch in Zukunft gut geht und damit die Menschen in unserer Region gute Arbeitsplätze haben. Mit CS Instruments in VS-Tannheim habe ich beispielsweise einen der weltweit führenden Hersteller von Messgeräten für Druckluft und Gase besucht. Gründer und Geschäftsführer Wolfgang Blessing erläuterte mir, wie sein Unternehmen sich mit fortlaufend innovativen Produkten erfolgreich auf dem Markt platziert hat. Maschinenbau, Formenbau, Automobilproduktion, Medizintechnik, Elektrotechnik – alles in einer Hand ist bei der Firma „Flaig Präzisionstechnik“ in Niedereschach zu finden. Von einem flexiblen, aber gleichzeitig hochmodernen Familienunternehmen konnte ich mir dort ein Bild machen. Das Unternehmen mit acht Mitarbeitern sucht immer wieder aufs Neue qualitativ hochwertige Präzisionsteil-Lösungen und hat einen Kundenstamm weit über den Schwarzwald hinaus. Geschäftsführer Bertram Flaig und seine Tochter Melanie führten mich durch den modernen Maschinenpark. In der Fertigung werden individuell auf die Kunden angepasste Produkte verarbeitet. „Wir legen hohen Wert auf erstklassige Qualität“, so Geschäftsführer Flaig. Der Mittelstand ist für mich nicht nur Rückgrat der Wirtschaft, sondern auch der Gesellschaft. Unternehmen wie CS Instruments oder Flaig Präzisionstechnik sorgen nicht nur für Vollbeschäftigung und ein hohes Steuereinkommen, sondern schaffen Lebensqualität, beispielsweise durch die Unterstützung von Vereinen und Einrichtungen vor Ort.

Amtseinführung von Lisa Wolber in Gütenbach

Lisa Wolber, die ihr Amt als Bürgermeisterin am 1. März angetreten hat, ist nun auch formell in ihr Amt eingeführt worden. Viele Bürgerinnen und Bürger, Bürgermeister aus dem ganzen Landkreis, der Landrat und Abgeordnete waren bei diesem feierlichen Anlass dabei. Lisa Wolber hat in einer bemerkenswerten Antrittsrede ihre Ziele und ihren künftigen Arbeitsstil skizziert. Sie wolle mit großer Tatkraft die Herausforderungen der Gemeinde angehen und dabei die unterschiedlichen Gruppen miteinbeziehen. In meinem Grußwort konnte ich zur Amtsübernahme und auch nochmals zum herausragenden Wahlsieg am 17. Dezember gratulieren. Zwar sind die Aufgaben, die sich aus dem demographischen Wandel der Gesellschaft ergeben, gewaltig. Andererseits hat der Bund die Länder und Kommunen in den vergangenen vier Jahren mit etwa 100 Mrd. EUR entlastet. Auch im aktuellen Koalitionsvertrag ist an 258 Stellen Bezug auf die

Kommunen genommen. Dabei stehen die Schaffung gleichartiger Lebensverhältnisse und die Digitalisierung ganz oben auf der Agenda. Auf dieser Basis lässt sich dann auch erfolgreiche Kommunalpolitik gestalten.

Jahreshauptversammlungen und ein Politischer Frühschoppen in politisch bewegten Zeiten

Der CDU Ortsverband Königsfeld führte jüngst seine diesjährige Jahreshauptversammlung im Herrnhuter Haus durch. Ich berichtete über die Regierungsbildung in Berlin und führte aus, welche Schwerpunkte sich die Große Koalition für die kommenden Jahre setzt. Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, zur Förderung von Familien, zur inneren Sicherheit sowie zur Bildung und zur Digitalisierung zeigen, dass wir uns klar gegenüber den Sozialdemokraten durchgesetzt haben. Deshalb bin ich auch guter Dinge, dass wir die nächsten dreieinhalb Jahre eine erfolgreiche Politik machen werden. Gleichzeitig ist es nun wichtig, dass wir den Koalitionsvertrag rasch umsetzen, um so deutlich zu machen, dass wir handlungsfähig sind und den Menschen klar aufzuzeigen, in welche Richtung es gehen soll. An diesem Abend kam es auch zu einer besonderen Ehrung: Professor Dr. Werner Lanz wurde für 60 Jahre Mitgliedschaft in der Christlich Demokratischen Union geehrt.

Bei der Jahreshauptversammlung der Senioren-Union Schwarzwald-Baar wurde ein Führungswechsel vollzogen. Neuer Kreisvorsitzender ist Dr. Winfried Waldvogel. Er wird Nachfolger von Klaus Panther, der die Interessen der Senioren im Schwarzwald-Baar-Kreis elf Jahre lang mit Nachdruck in der CDU vertrat. In seinem Bericht blickte Panther auf die vergangenen Jahre zurück. Für ihn gelte es, die Senioren zu aktivieren, sie dürften in der Gesellschaft nicht nur Objekt, sondern müssten auch Subjekt sein. Als CDU-Kreisvorsitzender und Bundestagsabgeordneter sprach ich dem neuen Vorstand meine Glückwünsche aus. Die SU ist eine starke Vereinigung innerhalb der CDU Schwarzwald-Baar. Die Generation Ü-60 muss sich mit ihrer Erfahrung in den politischen Prozess einbringen. Vielen Dank an Klaus Panther für sein jahrelanges Engagement.

Der CDU Ortsverband Fürstenberg führte einen politischen Frühschoppen in Hüfingen-Fürstenberg durch, um mit zahlreichen Bürgern über die aktuelle politische Lage zu diskutieren. Toll fand ich, wie an diesem Sonntagmorgen diskutiert wurde. Der konstruktive Dialog ist die Grundlage guter Politik! Wir sprachen sowohl über bundes- als auch über regionale Themen. Brandaktuelles Thema ist die Windkraft auf der Baar. Hauptursache der aktuellen Diskussionen sind für mich die von der damaligen grün-roten Landesregierung vorgenommenen Veränderungen der Kompetenzen im Landesplanungsrecht. Im Jahr 2012 hat Grün-Rot ohne Not die Ausweisung von Vorrangflächen von den Regionalverbänden hin zu den Städten und Gemeinden verschoben. Die Folge dieser fatalen Politik spüren wir heute, hier konkret bei uns in der Region. Auf Bundesebene werde ich mich weiterhin dafür stark machen, das EEG zu reformieren. Zentrale Eckpfeiler einer guten Energiepolitik bleiben Klimaneutralität, Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit. Unmittelbar vor der Veranstaltung sprach ich

noch mit einigen Vertretern der Bürgerinitiative "Gegenwind". Ich kann die Argumente der Windkraftgegner durchaus verstehen. Im Rahmen meiner Möglichkeiten werde ich mich auch in Zukunft für energiepolitische Verbesserungen auf Bundesebene stark machen.

10 Jahre Hospizverein Villingen-Schwenningen mit Volker Kauder

Der Hospizförderverein Villingen-Schwenningen feierte vor wenigen Tagen sein 10-jähriges Bestehen und hat das Jubiläum unter das Motto gestellt: „Jeder Augenblick im Leben ist Leben“. Dass eigens zu diesem Anlass der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach Villingen-Schwenningen gekommen ist und die Festrede gehalten hat, unterstreicht die Bedeutung des Themas und des Vereins in der ganzen Region. Volker Kauder verwies in seiner bemerkenswerten und sehr empathischen Rede nicht nur auf die gesetzgeberischen Fortschritte in diesem Bereich, sondern auch auf die Bedeutung des ehrenamtlichen Dienstes am Nächsten. Ich nutzte mein Grußwort, dem Team der Ehrenamtlichen ganz herzlich für deren wertvolle Arbeit zu danken. Ganz besonders gilt dies für Maria Noce (Bild: Z.v.r.), die Herz und Motor der Hospizarbeit in der Region ist.

Benefizabend der ProKids-Stiftung

Erneut hat der Initiator, Motor und Motivator der ProKids-Stiftung, Joachim Spitz (Bild: links), zum Benefizabend nach Villingen-Schwenningen geladen. Und alle kamen. Im vollbesetzten Theater am Ring wartete eine spannender und amüsanter Abend mit Krimi, Comedy und guter Musik. Der Reinerlös fließt in Maßnahmen der Kinder- und Familienhilfe der Stiftung. Seit mehr als zehn Jahren engagiert sich die Stiftung für junge Menschen in Stadt und Region. Als Schirmherr der Stiftung durfte ich in einigen Begrüßungsworten die besonderen Leistungen der Ehrenamtlichen um Joachim Spitz darstellen. Vom Ausgangspunkt des warmen Mittagessens in den Schulen über die Initiierung der Babyklappe, den ProKids-Treff, die Weihnachtsgeschenkeaktion oder die Teenie-Mütter-WG engagiert sich die Stiftung überall dort, wo schnell und unbürokratisch Hilfe notwendig ist. Dabei darf das Ehrenamt staatliches Handeln niemals ersetzen müssen. Klar ist aber auch: Nicht alles kann und soll aus Steuermitteln finanziert werden. Unsere Gesellschaft wird erst wirklich lebens- und liebenswert, weil Menschen mehr tun, als sie tun müssten, weil sie sich bürgerschaftlich einbringen. Daher habe ich die Gelegenheit genutzt, mich bei all denen zu bedanken, die sich in die wichtige Arbeit der Stiftung mit Geld, Know-How oder ihrer wertvollen Zeit einbringen.

CDU Schwarzwald-Baar stimmt sich beim Kreisparteitag auf Europawahlkampf ein

Gut ein Jahr vor der Wahl zum Europäischen Parlament führte die CDU Schwarzwald-Baar einen Kreisparteitag mit Wahlen zu den Bezirks- und Landesvertreterversammlungen zur Nominierung der Kandidaten für die Europawahlliste durch. Im Mittelpunkt des Abends stand aus diesem Grund das Thema Europa. Gerade in diesen Zeiten benötigen wir ein starkes Europa, um unsere Interessen in der Welt durchzusetzen. Europaminister Guido Wolf und der Europaabgeordnete Andreas Schwab sprachen jeweils aus ihren Blickwinkel wichtige Themen über unseren Kontinent an. Für die Bürgermeister sprach Robert Strumberger aus Vöhrenbach. Am Parteitag nahmen auch Landrat Sven Hinterseh und der Landtagsabgeordnete Karl Rombach teil. Die Parteimitglieder der CDU Schwarzwald-Baar verabschiedeten darüber hinaus verschiedene Anträge, unter anderem mit einem klaren Bekenntnis zu einer zügigen Umsetzung des Bundesverkehrswegeplanes, dem weiteren Ausbau des Glasfasernetzes, einem Bekenntnis zur Vielfalt von kulturellen Veranstaltungen, der Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung als Kernforderung für die Landtagswahl 2021, einer nachhaltigen Stärkung des Hochschulstandortes im Schwarzwald-Baar-Kreis, der Entwicklung der Mitgliederbeitragsumlage sowie zum Abbau bürokratischer Hürden für den stationären Einzelhandel.
Einen ausführlichen Bericht über den Parteitag findet sich hier (Link).

Nächste Bürgersprechstunde am 11. April 2018

Meine nächste Bürgersprechstunde führe ich am 11. April 2018, ab 15.00 Uhr in meinem Wahlkreisbüro, Justinus-Kerner-Straße 5 in Villingen-Schwenningen, durch. Um Wartezeiten zu vermeiden, bitte ich um vorherige Anmeldung unter Tel. 07721 / 9953544. Alle Termine meiner Bürgersprechstunden in diesem Jahr finden Sie auch auf meiner Homepage (hier).

Zudem führe ich am 12. April 2018 um 17.00 Uhr meine nächste Online-Bürgersprechstunde bei Facebook durch.

Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: thorsten.frei@bundestag.de
Internet: www.thorsten-frei.de
facebook: ThorstenFreiCDU
YouTube-Kanal: Thorsten Frei